

Hermann Kesten-Preis des deutschen PEN-Zentrums, 13.11.14 in Darmstadt

LAUDATIO auf WOLFGANG KALECK von Gerhart Baum, Bundesminister a.D.

Wolfgang Kaleck erhält den Hermann Kesten-Preis für sein „beharrliches und unerschrockenes Engagement für die Opfer staatlicher Gewalt.“ Ich freue mich darüber, dass ein engagierter Menschenrechtsverteidiger geehrt und dadurch auch bestätigt und ermutigt wird. Es gibt nicht viele seinesgleichen in unserer Republik.

Viele kennen Kaleck heute als Anwalt von Snowden. Seine bisherigen Aktivitäten haben ihn für dieses Mandat geradezu prädestiniert. Er engagiert sich seit vielen Jahren für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Schon als junger Mann für die Verfolgten des damaligen Militärregimes in Guatemala. Er unterhält Beziehungen zu Menschenrechtsorganisationen in zahlreichen Staaten. Seine Stellungnahmen der letzten Monate betreffen u.a.: die Verfolgung einer Menschenrechtsaktivistin in Bahrain; Strafverfahren gegen ausbeuterische Unternehmer in Pakistan; Menschenrechtsverletzungen unter dem neuen Regime in Indien; Drohnenangriffe der USA auf deutsche Staatsangehörige in Pakistan; die ausufernden Listen mit Namen von tatsächlichen oder angeblichen Terroristen, die ohne Anhörung und Gerichtskontrolle zusammengestellt werden und die Betroffenen stigmatisieren; die Menschenrechtsverletzungen in China - das ist nur ein Ausschnitt.

Kaleck kämpft gegen die Straflosigkeit. So versuchte er argentinische Militärs wegen der Ermordung und Folterung deutscher Opfer während der Militärdiktatur in Deutschland der Strafverfolgung zuzuführen. Sie erinnern sich vielleicht an die kürzlich im Fernsehen ausgestrahlte Dokumentation „Was geschah mit Elisabeth K“, in der dargestellt wurde, dass eine junge Deutsche zu retten gewesen wäre. Die Gleichgültigkeit deutscher Behörden hat sie schutzlos zum Mordopfer der Junta gemacht.

Ich rechne es Wolfgang Kaleck hoch an, dass er hartnäckig versucht, das Völkerstrafrecht, das zusammen mit dem Internationalen Strafgerichtshof eingeführt wurde, zum Leben zu erwecken. Die deutsche Justiz zeigt wenig Engagement, um dieses Instrument zur Durchsetzung der Menschenrechte konsequent anzuwenden. Diese Erfahrung hat Kaleck auch mit einer Anzeige gegen den damaligen US-Verteidigungsminister Rumsfeld wegen der Kriegsverbrechen und schweren Menschenrechtsverletzungen gemacht, die an Gefangenen in Abu Ghraib begangen wurden. Sie wurde vom Generalbundesanwalt abgelehnt. Ich plädiere dringend dafür, diese

Strafvorschriften künftig wirklich anzuwenden, bei allen Schwierigkeiten, die sich bei der Beschaffung von Beweisen ergeben mögen. Ich stand als Sonderberichterstatter der VN für die Menschenrechte im Sudan vor einem ähnlichen Problem, als ich die verantwortlichen Anführer der Mörderbanden hier vor Gericht bringen wollte. Jetzt sind sie durch den Internationalen Strafgerichtshof angeklagt - gemeinsam mit dem sudanesischen Staatspräsidenten Umar al-Baschir - und mit Haftbefehl gesucht.

Wir sollten uns vor Selbstgerechtigkeit hüten. Erst mit großer Zeitverzögerung wurden die Nazi-Täter zur Rechenschaft gezogen - und das ganz unzureichend. Alte Nazis kehrten zurück in Funktionen der Staatsverwaltung der Justiz und auch der Polizei. Die deutsche Politik war lange zögerlich, Verjährung für Mord aufzuheben. Die kalte Amnestie für unzählige Nazitäter, deren Verbrechen nie aufgeklärt wurden, war ein Skandal.

Eine Ausnahmeerscheinung in der damaligen Deutschen Justiz ist zu nennen. Fritz Bauer, der Generalstaatsanwalt dieses Bundeslandes Hessen setzte u.a. den Auschwitz Prozess durch, der schließlich 1963 begann. Er, der deutsche Jude, ehemaliger KZ-Häftling und Sozialdemokrat hatte festgestellt, dass es in der deutschen Gesellschaft zu dieser Zeit gegenüber den Verbrechen der Nazis eine Mauer des Schweigens gab. Er hat unter starken Anfeindungen wirkungsvoll dazu beigetragen, sie zu durchbrechen. Das ist nun seit längerem der Fall. Es gibt kaum einen Tag, an dem wir uns nicht mit neuen Berichten, Analysen, Erinnerungen befassen. Über Fritz Bauer läuft zurzeit ein eindrucksvoller Kinofilm. Die Gesellschaft der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahrzehnten bei allen Defiziten zu einer „geglückten“ Demokratie verfestigt und die Art, wie wir heute mit unserer Vergangenheit umgehen, hat unsere Demokratie gestärkt. Wir Deutsche sind in unserer Geschichte angekommen.

Wolfgang Kaleck ist einer der Gründer der Menschenrechtsorganisation „European Center for Constitutional and Human Rights“. Er ist dessen Generalsekretär. Diese Organisation betreibt und unterstützt europaweit eine Vielzahl von Verfahren wegen Völkerstraftaten. Sie nutzt ihre rechtlichen Mittel auch im Kampf gegen menschenunwürdige Arbeitsbedingungen. Wolfgang Kaleck folgt damit in vorbildlicher Weise einer besonderen Verantwortung, die - wie ich meine - uns Deutsche veranlassen muss, uns weltweit in besonderer Weise für die Menschenrechte einzusetzen. Wir sind von einem schrecklichen Unrechtsregime befreit worden und haben heute das Glück, in einem freien und wiedervereinigten Land, in einem geeinten Europa zu leben. In unserem Lande haben wir im letzten Jahrhundert zwei Unrechtsregimes erlebt. Kaleck hat sich auch für die Bürgerrechtler und für die Opfer rechter Gewalt in der früheren DDR eingesetzt. Wir sollten Verbündete all derer sein, die überall in der Welt für ihre Freiheit kämpfen.

Das Kriegsende 1945 leitete eine tiefe Zäsur im Völkerrecht ein. Sie geschah durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948. Und diese war geprägt durch die Barbarei alles staatlichen und gesellschaftlichen Handelns „Die Menschenwürde ist unantastbar“ - das ist die Grundlage unserer Verfassungsidentität, wie sie auch vom Bundesverfassungsgericht in zahlreichen Urteilen bekräftigt worden ist. Im Laufe der Jahrzehnte hat sich das Menschenrechtsthema in den Vereinen Nationen verfestigt bis hin zur Gründung des Internationalen Strafgerichtshofs im Jahre 2002.

Zunehmend setzt sich durch, dass niemand - und habe er einen noch so hohen Rang - über dem Gesetz steht. Es geht um die Herrschaft des Rechts, es geht darum, das Recht des Stärkeren in die Schranken zu weisen. Jürgen Habermas sieht eine Umformung des internationalen Rechts von einem Recht der Staaten zu einem Weltbürgerrecht von Individuen. Diese sind nun nicht mehr nur als Bürger ihres jeweiligen Staates Rechtssubjekte, sondern ebenso Mitglieder eines weltbürgerlichen Gemeinwesens. Der Einzelne also ist Schutzobjekt - auch nach der neuen Doktrin „Responsibility to protect“, die es dem Sicherheitsrat ermöglicht, die Bürger eines Staates auch gegen ihre eigene Regierung zu schützen. Die Schutzobjekte im Völkerrecht werden individualisiert, aber eben auch die Verantwortung der Täter.

Menschenrechtspolitik ist immer „Einmischung“. Und es ist völlig falsch, die Menschenrechte als ein Erzeugnis der westlichen Kultur anzusehen. Der Gestaltungsanspruch der Menschenrechte ist universell. Wir können auf ihn nicht verzichten. Wir können auch nicht auf eine menschenrechtsorientierte Außenpolitik verzichten - uns etwa im Verhältnis zu Russland auf die Feststellung zurückziehen, dass unsere westlichen Maßstäbe pluraler Demokratie nicht auf dieses Land übertragbar seien. Es gibt solche Diskussionen hierzulande. Sie sind mir angesichts der Unterdrückung der Zivilgesellschaft in Russland, einschließlich der Menschenrechtsorganisationen, wie Memorial, unverständlich.

Ein prominenter Sozialdemokrat hat kürzlich erklärt: Nicht Demokratie und Menschenrechte, nicht einmal die Freiheit, sondern der Frieden muss global der oberste Wert bleiben. Ich teile diese Meinung nicht. Frieden ist zwar eine Voraussetzung zur Durchsetzung der Menschenrechte - aber ohne Menschenrechte gibt es keinen stabilen Frieden. Frieden und Menschenrechte bedingen einander.

Wir sehen heute mit Schrecken wachsende Gewalt in zerfallenden Staaten oder das Wüten machtgieriger Regierungen. Wir müssen weiter auf das Völkerrecht setzen. Dass die Politik der Menschenrechte heute - wie Habermas das sieht - „eine globale Wirksamkeit entfaltet“, das ist auch Menschen wie Wolfgang Kaleck und seinen Mitstreitern zu danken. Die Versuchung, das Völkerrecht zu missachten, ist auch demokratischen Staaten

nicht fremd, wenn es um ihre eigenen Interessen geht. In seinem Buch „Mit zweierlei Maß – der Westen und das Völkerstrafrecht“ geht Kaleck auf diese Doppelstandards ein. Wenn wir andere kritisieren, gewinnen wir Glaubwürdigkeit nur dann, wenn wir Selbstkritik üben. Auch hier ist nicht alles in Ordnung, denken wir nur an Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus.

Unser Preisträger ist auch in anderer Hinsicht zu ehren. Er ist ein Kämpfer für die Bürgerrechte, und dazu besteht im Jahr zwei nach Snowden jetzt ein besonderer Anlass. So gehört er konsequenter Weise dem Team der Anwälte Snowdens an. Die Welt hat sich verändert durch Snowden, vor allem der Blick auf die Tätigkeit der Nachrichtendienste und in diesem Zusammenhang ganz generell auch der Blick auf die Freiheitsgefährdungen durch Anhäufung und Auswertung von Daten, dem Gold der Informationsgesellschaft. Der 5. Juni 2013 war der Jahrestag der Enthüllungen Snowdens. Sie sind bisher in keiner Weise widerlegt und werden bekräftigt durch neue Fakten, auch durch das kürzlich erschienene, höchst aufschlussreiche Buch „Die globale Überwachung“ von Glenn Greenwald und durch die Filmdokumentation von Laura Poitras. Snowden ist ein Überzeugungstäter, dem es nicht um Gewinn oder Geltung geht. Und das wird ja auch von Ihnen, Wolfgang Kaleck, nach Ihrem Gespräch mit ihm in Moskau bestätigt. Er hat sich genau an den Prinzipien orientiert, die auch Obama in seinen Reden zur Freiheit beschwört. Snowden hat die Werte unserer freiheitlichen Grundordnung verteidigt, nun müssen wir ihn verteidigen. Wir müssen ihm danken, statt ihn zu verfolgen. Es ist eine Schande, dass er ausgerechnet im autoritären Russland Zuflucht suchen musste. Wolfgang Kaleck kritisiert zu Recht, dass die Demokratien Europas nicht willens sind, ihm Schutz zu gewähren. Hilflös ist die Absicht, ihn in Moskau als Zeuge zu vernehmen. Warum müssen wir in dieser Hinsicht auf die Amerikaner Rücksicht nehmen, wenn sie bis zum heutigen Tage mit den von Snowden enthüllten Angriffen auf unsere Menschenwürde keine Rücksicht auf uns nehmen! Das ist schon sehr merkwürdig: da haben alle von den Enthüllungen profitiert - auch Mitglieder des US Kongresses bestätigen, dass sie von ihm wichtige Informationen erhalten haben - und sie verfolgen ihn dennoch. Das ist wirklich eine außergewöhnliche Situation, die nur mit außergewöhnlichen Entscheidungen gelöst werden kann. Ein Gesetz, das die Rechtsstellung der Whistleblower definiert, ist auch in unserem Lande überfällig.

Unsere Aufgabe muss es sein, den Freiheitsschutz, den unser Grundgesetz garantiert, gegenüber diesen gefährlichen globalen Entwicklungen zu bewahren - so, wie das vor Jahrzehnten auf einem ganz anderen Feld geschehen ist: dem Umweltschutz. Die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen - das ist heute eine Selbstverständlichkeit. So muss auch der Schutz der Privatheit zu einem Jahrhundertthema werden. Wir sind nicht nur gegenüber dem wuchernden Weltüberwachungsstaat in der Defensive, sondern auch gegenüber dem Überwachungskapitalismus. Die Entwicklung droht uns zu überrollen. Grundwerte unserer Verfassung stehen auf

dem Spiel, und das jeden Tag mehr.

Springerchef Mathias Döpfner hat davor gewarnt, dass Google - im Besitz des größten Datenschatzes der Menschheit - im Begriff sei, einen Supra-Staat zu errichten.

Die Harvard Professorin Shoshana Zuboff analysiert in einer umfassenden Studie, wie der Mensch durch Datenfressmaschinen als Datenquelle abgeschöpft wird und benennt die Gefahren für die Demokratie.

Yvonne Hofstetter, eine deutsche Internet-Unternehmerin, schildert in ihrem Buch „Sie wissen alles“ die Gefahren einer Kontrollgesellschaft, in der die Menschenwürde nicht mehr gilt. Das sind nur einige Stimmen. Aber wir wissen genug, um handeln zu können.

Gegenstrategien müssen in Angriff genommen werden. Die sogenannte „digitale Agenda“ der Bundesregierung erfüllt diesen Anspruch nicht. Rückblickend wird sich die Menschheit irgendwann fragen, wie es möglich war, dass solche digitalen Machtkonstellationen entstehen konnten. Ich bin ziemlich sicher, dass die Abwehrreaktionen in einigen Jahren dazu führen, dass unkontrollierte Datenakkumulationen dieser Dimension nicht mehr bestehen. Sie werden sich in ihrer Größe überfressen. In den USA sind auch die weltweit größten Händler von Konsumentendaten beheimatet, die in großem Umfang auch die Privatsphäre der Europäer verletzen. Wann interveniert die Bundesregierung?

Aber nicht nur Big Data beunruhigt - auch Big Brother wuchert weiter in unsere Gesellschaft hinein. So ist es ein unfassbares Phänomen, dass im Jahre zwei nach Snowden die Nachrichtendienste der USA und auch der Briten unser Land nach wie vor als einen rechtsfreien Raum ansehen und nichts unternommen worden ist, diesen Zustand zu ändern. Es gab Proteste der Bundesregierung, aber kein entschiedenes politisches Vorgehen, obwohl wir dazu die politische und wirtschaftliche Stärke hätten.

Wir sind nicht sehr weit gekommen mit dem vom Grundgesetz geforderten Schutz. Die „digitale Agenda“ der Bundesregierung schweigt auch über die Rolle der Geheimdienste. Deutschland ist also weiterhin Ziel von Massenausspähungen durch Verbündete. Sie gehen weit über das hinaus, was Geheimdienste bisher praktiziert haben. In ihrer Aggressivität und in der Totalität der Erfassung erheben die USA einen nicht zu akzeptierenden Weltmachtanspruch. Da tröstet der Hinweis auf das Spionageverhalten totalitärer Staaten wenig.

Alles spricht auch dafür, dass es zu verfassungswidriger Internetüberwachung und Datenweitergabe durch deutsche Geheimdienste an US-Geheimdienste gekommen ist und zu einer unzulässigen Kooperation. „Wer die Nadel im Heuhaufen finden will“, so suchte ein NSA-Chef seine Praktiken zu rechtfertigen, „muss erst einmal den

Heuhaufen haben“. Und der Heuhaufen der US-Dienste besteht unter anderem aus Aber-Milliarden von Verbindungsdaten und aus den Ergebnissen von Computerdurchsuchungen mittels sogenannter Trojaner.

Mehr als 55 Milliarden Dollar wenden die USA dafür jährlich auf. Auch für die Bewältigung neuer Bedrohungen ist eine solche anlasslose flächendeckende Massenausspähung weder geboten noch zweckdienlich. Nach deutschem und europäischem Recht ist sie auch nicht erlaubt. Man kann Religionsterroristen aufspüren. Dazu muss man nicht die gesamte Bevölkerung unter Generalverdacht stellen und ihre Computer untersuchen.

Die Passivität vieler Menschen gegenüber diesen Gefahren ist mir unverständlich. Man möchte meinen, dass diese freiheitliche Grundordnung vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit zwei Diktaturen in den Köpfen stärker präsent ist. Unsere Verfassung ist die beste, die wir je hatten. Nur müssen wir sie auch leben! Sie muss sich bewähren, auch wenn es unbequem wird. Ich nenne nur Religionsfreiheit, Demonstrationsfreiheit, Meinungsfreiheit, Tarifautonomie und Asyl. Und unbequem wird es, wenn das Grundgesetz - wie heute - durch neue Technologien herausgefordert wird wie nie zuvor, vor allem durch das Internet, das durch seine Vorteile eine große Verführung darstellt.

Vor allem ist vielen Menschen nicht bewusst, dass nach und nach fundamentale Grundrechte ausgehöhlt werden. Die oberste Wertentscheidung unseres Grundgesetzes ist die Menschenwürde. Aus ihr wird das Recht auf Privatheit entwickelt. Als einzige Verfassungsnorm gilt die Menschenwürde absolut. Sie ist die Quelle, aus der sich die Grundrechte speisen. Freiheit muss immer auch einen Bezug zur Menschenwürde haben. „Ein freies Volk hat selbst bei einem Verbrecher die Menschenwürde zu achten“, so lautete ein Grundsatz schon in der Paulskirchenverfassung von 1849.

Auf den zahlreichen Tagungen zum Thema Internet ist selten von unserer Verfassung die Rede oder gar von den einschlägigen Urteilen des Bundesverfassungsgerichts. Es begründete im Jahre 2008 ein neues Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und für eigengenutzte informationelle Systeme. Damit war das Gericht im Computerzeitalter angekommen. Schutzaufträge gelten nicht nur im Verhältnis zum Staat, sondern auch zwischen Privaten für die Nutzung der Computer und für alle anderen eigengenutzten informationstechnischen Geräte, z.B. für das Auto, das immer mehr droht, zur Datenkrake zu werden.

Die Europäer sind dabei, sich ein festes Fundament für den Datenschutz zu schaffen. Die europäische Datenschutzgrundverordnung ein wichtiges Instrument auf dem Weg zum Schutz der von der digitalen Revolution bedrohten Freiheitsrechte. Sie gilt auch für die in Europa tätigen ausländischen Firmen, also z.B. für

Google. Sie ist ein Schlüssel für die Wehrhaftigkeit der europäischen Demokratien gegenüber fundamentalen Gefahren, die aus dem Internet erwachsen und stärkt die Europäer auch gegenüber den USA. Aber sie ist noch nicht beschlossen und im Ministerrat heftig umstritten. Die dort erzielten Ergebnisse sind noch nicht befriedigend.

Erschwerend ist die erneut wachsende Angst vor den Gefahren des Terrorismus, wie wir sie in den Zeiten der RAF und nach dem 11. September erlebt haben. Erneut wird die Freiheit in die Defensive gebracht. Müssen wir denn wieder in die alten Diskussionen zurückfallen? Müssen wir immer wieder sagen, dass Sicherheit nicht als Wert an sich zu begreifen ist, sondern eine der Freiheit dienende Funktion hat, die ohne Risikobereitschaft nicht denkbar ist? Wir haben taugliche und verfassungskonforme Mittel, um uns zu wehren. Durch die neue Kommunikationstechnologie dürfen wir uns nicht noch weiter verführen lassen, die Grenzen der Verhältnismäßigkeit zu überschreiten. Es wird immer klarer: die Herausforderung durch das Internet - das ist eine ganz große Sache. Sie brennt noch auf viel zu kleiner Flamme.

Der Preis an Wolfgang Kaleck geht an einen überzeugten Demokraten und Menschenrechtsverteidiger - in Erinnerung an Hermann Kesten, ein Mann, der in schwerer Zeit als erfolgreicher Schriftsteller mit Mut auch politische Verantwortung übernommen hat. Wegen seiner Gesinnung und als Jude musste er emigrieren. Er hat sich u.a. in den USA für politische Flüchtlinge aus Deutschland engagiert, vor allem um verfolgte Autoren. Er ist ein Vorbild, gerade in einer Zeit, in der zahlreiche politische Flüchtlinge in unserem Land Zuflucht suchen.

Immer wieder geraten diejenigen, die in unserer Gesellschaft für Bürger- und Menschenrechte eintreten, in die Defensive. Sie, Wolfgang Kaleck, brennen für diese Themen. Ihr bisheriger Lebenslauf ist dafür Beweis. In einem Ihrer Aufsätze fragen Sie: „Bin ich naiv, wenn ich in all diesen Geschichten immer ungläubig nachfrage“? Sie sind es nicht. Und sie antworten selbst auf die Frage. Sie bekennen sich zu dem Wunsch nach Veränderung. Und wenn der Glaube daran, die Welt etwas bewohnbarer zu machen, weltfremd und naiv erscheinen sollte - wir haben erlebt, dass das Unvorstellbare Wirklichkeit wurde. Mitunter werden Träume wahr. Lassen wir uns nicht ein auf die resignierende Weltsicht der Verfechter einer sogenannten Realpolitik. Allzu oft haben sie sich mit ihrem Realismus in den Sand gesetzt und die Kräfte unterschätzt, die auf Veränderung drängen.

Wir gratulieren Ihnen zu dieser Ehrung. Möge sie eine Ermutigung für Sie sein, im Kampf für die Freiheit nicht nachzulassen. Unsere Gesellschaft braucht furchtlose Überzeugungstäter - Menschen wie Sie.